

Was bedeutet der Volksentscheid der SPD?

Die Sozialdemokratie hofftigt an, daß sie einen "Volksentscheid" einholen werde, der die Aufhebung des II. Teiles der Gewerbeordnung am 4. September (Sozialpolitische Erweiterung) zum Ende habe. Das 2. Teil der Gewerbeordnung, der die Wettbewerbsordnung an die Arbeitnehmer Klasse entzieht, soll also bis 1930 bestehen bleiben. Sie möchte so den deutschen Kapitalismus prägen, wie es möglich ist die "Unterwerfung des Wirtschaftslebens" unterstellt, jedoch kann sie auf konkrete Entscheidung des Volksentscheids verzichten.

Was aber bedeutet der "Volksentscheid" der SPD für die Arbeitersklasse?

Die Arbeitersklasse kann aus den bisherigen Erfahrungen, daß sie mindestens noch etwas bewirkt, bis ein solcher "Volksentscheid" zu Ende geführt werden kann. Diese Zeit aber müssen sowohl die Regierung als auch Bourgeoisie dazu benutzt werden, die Gewerbeordnungen mit ihrem Lohnabbau und Sozialabbaus praktisch herunterzubringen.

Gehen diese nun die Arbeiterscharen nach den Lohn- und Sozialabbaus gefallen lassen, in der absolut ungünstigen Hoffnung, daß vielleicht in jedem Monat ein "Volksentscheid" stattfindet? Das ist doch unmöglich, ungewöhnlich! Über die SPD (und mit ihr natürlich auch die reformistische Gewerbeordnungsabstimmung) will diese Ungeheuerlichkeit!

Die deutschen Arbeiter haben Tag für Tag jetzt einen lebendigen Unterrichtsunterricht dafür, was heute noch demokratische Rechte" bedeuten. Wer ist so einfältig zu glauben, daß die deutsche Arbeitersklasse vor diesem "Volksentscheid" — falls sie überhaupt erkennt, daß er zu Ende geführt wird — kapitulieren werde?

Welche Illusionen zu erwarten, ob doch nur Verzug von den Männern

so ist völlig klar, was die SPD und der ADGB mit ihrem "Volksentscheid"-Planen wollen: Sie wollen verhindern, daß die Arbeitersklasse in außerparlamentarischen Maßnahmekämpfen ihre Forderungen, ihren Lohn, ihr Brot verteidigen! Sie wollen den Massen neue Illusionen machen, um sie vom Kampf abzuhalten. Sie wollen so der Regierung Papen und der deutschen Kapitalistensklasse helfen, die Rotsverordnung mit ihrem Lohn- und Sozialabbaus durchzuführen!

Die Führer der SPD und des ADGB wissen sehr genau, daß die deutsche Bourgeoisie keine größere Sorge hat als die, daß die Arbeiterscharen den neuen Lohnabbauskampf mit einer riesigen Streikwelle beantworten werden. Denn das ist der einzige Weg, wie die Arbeitersklasse das drohende Verhängnis abwehren kann. Über gerade diese Waffe des Streiks wollen die SPD und ADGB „Rücksicht“ vom Proletariat aus der Hand schlagen. Das ist der insamme Vertrag, den die SPD und Gewerbeordnungsabstimmung in dieser Situation abgeschlossen.

So macht sich die Herrschaft der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerbeordnungen übermäßig zur Stütze der Regierung Papen und der deutschen Kapitalistensklasse!

Wenn jetzt die Sozialdemokratischen Partei- und Gewerbeauführer ins Land hinzugehen, werden sie den Arbeitern sagen: „Sei nur geduldig, lacht euch nicht von den Kommunisten zu außerparlamentarischen Massenaktionen verführen, sondern wählt die „Diktatur“, nehmst wortlos den Lohnabbaus und das vermeintliche Glück hin und wartet, bis der „Volksentscheid“ zu Ende geführt ist; ihr dürft jetzt nicht kämpfen, denn das würde nur den Wahlkampf für den neuen Reichstag und den „Volksentscheid“ kosten.“

Die Arbeiterscharen, um ihrer Forderungen willen, dürfen auf diese Betriebspolitik der SPD und ADGB-Güter nicht hereinfallen, sondern müssen den Lohnabbaus des bankrotten deutschen Kapitalismus und den Rücken der Papen-Regierung die notwendige Antwort geben:

„Jetzt erhält nicht alle Kräfte für den Kampf der Massen für die Befreiung der proletarischen Lebensinteressen!“

„Jetzt erhält nicht viele Einheitsfront in allen Betrieben und an allen Stempelstellen!“

Die Regierung Papen befürchtet zwar, daß die Aufhebung der Rotsverordnung nicht zu Recht erfolgt sei; dem wird von der kommunistischen Reichstagstraktion auf das entscheidende widergesprochen. Wer gleichzeitig, wie die juristische Frage zu entscheiden wäre: Mit den Arbeiterscharen ist diese Rotsverordnung absolut unverträglich! Die Arbeiterscharen müssen sich gegen den Lohn- und Sozialabbaus, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen, zur Wehr rufen!

Darum schärfsten Kampf gegen die sozialdemokratische und reformistische Sabotage des Massenkampfes! Kampf gegen jeden Penny Lohn-, Unternehmungs- und Rentenabbaus!

In der antisozialistischen Aktion unter Führung der kommunistischen Partei macht die Gewerbe- und Betriebsräte im September 1929, organisiert die sozialistischen Massen gegen die Offenheit der sozialistischen Bourgeoisie zur antisozialistischen Gegenoffensive des arbeitenden Volkes!

Berliner Transportarbeiter streiken

2000 Speditionsarbeiter im Lohnkampf. Ein Beispiel für die Gemeindearbeiter

Die Berliner Speditionsarbeiter haben einen Lohnabbaus beschließtlich 4 Prozent ab 1. 9. 1929 mit Streik beantwortet. Am Sonnabend, dem 18. September, Samstag, waren einige 100, zu mittag 1900 Speditionsarbeiter im Streik. Die Bürgerlichen Gewerbevertretungen legten mit einer mäßigen Feste ein. Am Sonntag, dem 19. September, ließen die Direktionen der größeren Speditionsbetriebe Erklärungen ausschlagen, wonach sie den Streikenden die Entlassung antreiben und den Arbeitsmobilisierungen Schutz versprechen. Montag Nachmittag 1900 Speditionsarbeiter 2000 im Streik. Eine Streikversammlung beantragt die Generalstreik der Unternehmer mit dem Beleidigung und Verhinderung des Betriebs, Verhinderung betrieblicher Gewerbevertretungen, Massenabschaffung. Die Zeitung des Gewerbeverbands ist seit Streikbeginn und Streikverbreiterung aufgestartet. Die Büroarbeiter verfügen nun, von hinten herum den Streik zu stoppen. Aber offen verneigt die Bürokratie die Unterstellung des Kampfenden Arbeiters. Selbst sozialdemokratische Reden legen: „Jetzt ist es genug, im Gewerbeverbund bekämpfen wir, nicht die Bourgeoisie.“

Gemeindearbeiter, lernet daraus. Den Lohnabbaus, die Verhinderung des Tarifverträge werdet ihr nur abtreten, wenn ihr im Gewerbeverbund und im Betrieb selbstständig zur Kämpfen seid, und zwar gegen Unternehmer und Bürokratie.

Zeitungskreis in Berlin

Die Redaktion der „G. G. Germania“, Berlin, die ca. 600 Werken beschäftigt, und in der der Berliner Blauen-Courier herausgebracht wird, verlangt die Arbeitnehmer Klasse um 10.000 Gulden die sozialistische Rote, die politische Freiheit und die sozialdemokratische Reden gegen die Bürokratie und die Unternehmung kommuniziert. Gegen diesen Willen des Bürokrazen wurde die Möglichkeit zu höheren Löhnen und zu Renten gegeben.

Die Pläne der Papenregierung

Berschärfe Diktatur ohne Parlament

Spiel mit dem militärischen Ausnahmezustand. Papens Rundfunkrede. Die Deutschen erklären: „Allein auf dem Wege der Diktatur!“

Wir haben bereits gestern über die Gründung des Innensenators Gasperi berichtet, in der es heißt, daß die Regierung nur keine Rechtschaffen des Reichstages ausdeihen werde, wenn „Ruhe und Ordnung gewährleistet“ seien. Diese außerordentlich vorsichtige Erklärung des Reichsinnenministers lädt die Frage, ob es überhaupt noch zu Reichstagswochen kommt, vollständig offen. Auch die gut unterrichtete „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, „die Rechtschaffen des Reichstages ist nicht notwendig und man müsse der Regierung Zeit zur Gestaltung der großen Ereignisse lassen.“

Die „Leipziger Neuen Nachrichten“ berichten gestern die unmittelbaren Pläne der Papenregierung im Zusammenhang mit der Reichstagsauflösung und kündigen:

„Im übrigen legten die Vorbereitungen zur praktischen Auflösung des Reichstages bereits unmittelbar nach der Überreichung des Nullstellungsdekrets ein. Sicherem Bericht nach wurde der Berliner Polizeipräsident sofort beauftragt, die Auflösung des Parlaments durchzuführen. Nur dadurch, daß Göring nach seiner Schlussrede die Sitzung lädt, könnte die Polizei nicht mehr eingreifen.“

Die „Leipziger Neuen Nachrichten“ erklären weiter, daß die Papenregierung in nächster Frist den Ausnahmezustand und verhängen werde. Sie schreiben:

„Leider redet man in Berliner unterrichteten Kreisen damit, daß die Reichsregierung alsbald den Ausnahmezustand verhängen wird, um ihren Anordnungen Gehör zu verschaffen.“

Die Papenregierung spielt also ganz offen mit der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes und ihr Kanzler hat gestern abends die bereits am Montag geholtene Rundfunkrede wiederholt, in der er zu den nächsten Maßnahmen kommt. Seine Rede war eine einzige Demonstration des eisernen Willens des Präsidenten, ungeachtet der vom Reichspräsidenten fortgesetzten Verschärfung.

Papen begann seine Ausführungen mit der erregten Feststellung, daß der Reichstag, die aus Moskau juristisch kommunistische Abgeordnete Clara Zetkin angehört habe, während die „nationale Regierung“ nicht zu Worte gekommen sei. Trotzdem sei die Regierung entschlossen, ihre Politik, an deren Anfang man erst habe, als unabdingig und eilig auf das Vertrauen des Reichspräsidenten geistige Regierung konsequent fortzuführen.

Dann entwölft Papen nochmals die Linie der Bourgeoisie zur „Aufwertung der Wirtschaft“. Als notwendige Maßnahmen bezeichnete er: Verstärkte Befriedung der Einheit, weitesten Abbau der Leistungen der Sozialversicherung und „Wiedergewinn der Privatinitiative der Unternehmer“ durch die in der Rotsverordnung vom 8. September eingesetzten Maßnahmen auf Lohnabbaus um.

Eine der Hauptaufgaben der Regierung sei „Die Beleidigung von Konkurrenzschlachten in der Weimarer Verfassung“, durch die „Herstellung einer wahrhaft unparteiischen Staatsführung“. Damit wiederum Papen nochmals das bereits von Gayl entwickelte Programm des faschistischen „Verjüngungsumbaus“. Um

Endlich waren politisierte er gegen die Nationalsozialisten.

Er warnte die Hitler und Co., ihre demagogischen Betrugsmethoden nicht zu übersehen, da sonst der Verleumdungsprozeß in der Hitlerpartei noch schneller einzetteln würde. Die Ausschreitungen Papens zeigen ganz deutlich, daß er und die deutliche Bourgeoisie die „Opposition“ der Nazis als das einsehen, was sie ist: als ein plausibles Standes zur neuen Täuschung der unbedeutenden Unbildungsmassen der Hitlerpartei.

Um Schluß seiner Rede erklärte Papen nochmals, daß seine Regierung „merklichlich entschlossen sei“, ihre Pläne bis zum Ende durchzuführen. Der Kampf gegen „moskauistische Methoden“ und gegen den „Kulturbolschewismus“ müsse mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt werden.

Und auf welchem Wege die Bilder in die Tat umgesetzt werden sollen, darüber sprach der bekannte Jurist Glaß auf einer Tagung des traditionellen Zirkels der Deutschnationalen des „Alldeutschen Verbandes“, auf der er in einem Referat mit großer Offenheit erklärte:

„Doch allein auf dem Wege der Diktatur etwas erreicht werden kann, hat höchstlich der Hass auf die Reichsregierung vom 21. Juli gezeigt, die wiederum eine nationale Mehrheit nicht gebraucht hat; auf dem parlamentarischen Wege ist ja nach die Bildung einer nationalen Regierung nicht möglich.“

Die deutsche Bourgeoisie hat seit 1915 über ein Jahrzehnt eine Diktatur mit Hilfe der Sozialdemokratie unter parlamentarischer Staats ausgeübt. Jetzt ist sie organisch zur offenen kollektiven Form ihres Diktatur übergegangen. Herr Glaß geht ganz offen: Da sich jetzt die kommunistischen Methoden nicht eignen, kommen eben die faschistischen in Anwendung.

Warum degradiert Herr Glaß dann die Papen-Schleier-Klausierung? Er lädt die „Schönheitsfehler“ unerörtert und erklärt Hoffnungsvoll:

„Das Erfolgsende ist ... das heißt, der Reichspräsident und die neue Regierung entstehen lassen, den Verlust zur Rettung des Vaterlandes auf dem Wege der Diktatur zu machen ... Wie Alldeutschen, die wir in der Vergangenheit mit vielen und wichtigen Handlungen des Reichspräsidenten nicht einverstanden waren und die wie in diesen Fällen unter Umstehen freiwillig ausdrücken, können heute erklären, daß wir die Größe dieser Einschläge darüber erstaunen und hoffen, daß sie im Reich und in Preußen ohne Schwanken zur Auswirkung gebracht werden.“

Abgesehen davon, ob die Papenregierung noch einmal Reichsmaßnahmen durchführen wird oder nicht — eines ist sicher: Geschickte Reichsmaßnahmen werden vorbereitet und werden unter allen Umständen durchgeführt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ lädt bereits bereit an, daß der prächtige Innentagsmitglied Dr. Bracht Mitglied der Reichsregierung wird.

All das zeigt, daß der kommende Wahlkampf — sofern er kommt —, daß es überhaupt noch dazu kommt — nur unter den härtesten Druck des staatlichen Stadtkappates durchgeführt werden kann. Um so mehr müssen alle Arbeiter und Werktagler in der Antifaschistischen Aktion zusammenarbeiten, um gemeinsam für die Freiheit der deutschen Arbeitersklasse kämpfen zu können.

Ramenzer Glasarbeiter rüsten zum Kampf

Kampfgeißnis gegen Unternehmerpläne und Papen-Rollverordnung

In einer Versammlung der Ramener Glashüttenarbeiter, Hütte Ramen, wurde zu dem bestehenden Lohnabbaus gestimmt: den eventuellen Lohnraub mit Streik zu beantworten.

In der letzten Zeit führte die Firma wesentliche Aufführung durch, bei Einführung von neuen Mustern. Die Glasarbeiter haben nicht genügend Hilfsarbeiter, so daß die Hilfsarbeiter zur äußersten Belastung gezwungen werden. Der Verdienst ist seit dem vorigen Jahre um 30 Prozent niedriger. Auch die beginnenden Einrichtungen sind sehr mangelhaft. Es fehlt an ausreichender Wohngelegenheit. Bei Lohnabstufungen werden die Kollegen der Glashütte Weilmälzer gegen die Ramener Kollegen ausgespielt.

Es ist unbedingt notwendig, daß die Belegschaft nicht nur

Auch unter den Steinarbeitern gärt es

Die Steinarbeiter der Firma Sparmann haben etwa pro Mann 30 Mark Lohnzulände. Welch gewaltiger Lohnabbau bei der Firma durchgeführt wurde, das erfordert man daraus, daß 1929 ein Anstiegler etwa 60 Mark und jetzt nur noch 22 bis 25 Mark verdient.

Es gibt Steinarbeiter, welche 40 Prozent unter Tarif arbeiten. Der Steinarbeiterverband unternimmt nichts, um diese Missstände zu beseitigen. Der Verbandsdirektor Gibowitsch, Ramen des Steinarbeiterverbandes, geht mit der Direktion durch die und dünnt.

Unter den Steinarbeitern herrscht eine ungeheure Empörung wegen der Nichtanpassung des rückständigen Lohnes. Die Arbeitern in den Steinbrüchen begreifen, daß sie auf die Verbandsabstimmung nicht verzichten können, sondern daß sie sich eine eigene Kampfleitung auf den Brüchen schaffen müssen!

Gemeinsam mit den Tiefgrubenarbeiten im Ramener Gebiet werden sie gegen Schändung des Kampf einzutreten.

Protestdemonstration der Rostocker Erwerbslosen

Wie wir bereits mitteilten, müssen alle Erwerbslosen auf Rostock seit vorheriger Woche auf Grund einer behördlichen Schändung nach dem Reichsamt Dresden komponiert. Die Protest der Erwerbslosen wurden von den maßgebenden Städten gerichtet.

Heute vermittelten gegen die Rostocker Erwerbslosen dem Reichsamt Dresden gegen einen Tiefgrubenarbeiter, auf dem alle 3000 Liden leben. Sofort mit dem Aufschluß „Holmanns Sandstein“ von Rostock nach dem Wasserwerksgelände und zurück“ wurde angeordnet.

Nach vor dem Aufschluß wurden die Erwerbslosen in der Zahl von ca. 20 bis 30 Männer von einem Wasserfall kommende Leute aufgenommen und zurück nach dem Holzschiff gebracht.

Hier trug man nach Erheben und Rütteln Wasser aus dem Wasserfall. Das Wasser wurde in einen Wasserfall gesammelt und zurück nach dem Holzschiff gebracht.

Die betroffenen Männer bitten uns noch mitzutun, daß sie am Donnerstag, 15 Uhr, im Rathaus Rostock eine Protestversammlung durchführen.

Berliner Transportarbeiter streiken

2000 Speditionsarbeiter im Lohnkampf. Ein Beispiel für die Gemeindearbeiter

Die Berliner Speditionsarbeiter haben einen Lohnabbaus beschließtlich 4 Prozent ab 1. 9. 1929 mit Streik beantwortet. Am Sonnabend, dem 18. September, Samstag, waren einige 100, zu mittag 1900 Speditionsarbeiter im Streik. Die Bürgerlichen Gewerbevertretungen legten mit einer mäßigen Feste ein. Am Sonntag, dem 19. September, ließen die Direktionen der größeren Speditionsbetriebe Erklärungen ausschlagen, wonach sie den Streikenden die Entlassung antreiben und den Arbeitsmobilisierungen Schutz versprechen. Montag Nachmittag 1900 Speditionsarbeiter 2000 im Streik. Eine Streikversammlung beantragt die Generalstreik der Unternehmer mit dem Beleidigung und Verhinderung des Betriebs, Verhinderung betrieblicher Gewerbevertretungen, Massenabschaffung. Die Zeitung des Gewerbeverbands ist seit Streikbeginn und Streikverbreiterung aufgestartet. Die Büroarbeiter verfügen nun, von hinten herum den Streik zu stoppen. Aber offen verneigt die Bürokratie die Unterstellung des Kampfenden Arbeiters. Selbst sozialdemokratische Reden legen: „Jetzt ist es genug, im Gewerbeverbund bekämpfen wir, nicht die Bourgeoisie.“

Gemeindearbeiter, lernet daraus. Den Lohnabbaus, die Verhinderung des Tarifverträge werdet ihr nur abtreten, wenn ihr im Gewerbeverbund und im Betrieb selbstständig zur Kämpfen seid, und zwar gegen Unternehmer und Bürokratie.

Zeitungskreis in Berlin

Die Redaktion der „G. G. Germania“, Berlin, die ca. 600 Werken beschäftigt, und in der der Berliner Blauen-Courier herausgebracht wird, verlangt die Arbeitnehmer Klasse um 10.000 Gulden die sozialistische Rote, die politische Freiheit und die sozialdemokratische Reden gegen die Bürokratie und die Unternehmung kommuniziert. Gegen diesen Willen des Bürokrazen wurde die Möglichkeit zu höheren Löhnen und zu Renten gegeben.

Arbeiterinnen im Streik

Arbeiterinnen Hungerstreik in der Thüringer Metallfabrik

Zu einer Meldung der Rostocker Zeitung „Wolff“ Antwortschrift und so, in Thüringen, in der über 10.000 Männer und Frauen beteiligt sind, was man zur Rehabilitation von Reichsvermögen übergegangen. Der Altersdienst war so niedrig, daß die Arbeitnehmer pro Stunde nur 6 Pfennige erhielten. Was durch ungeheureste Verdienstleistung antworteten die Arbeitnehmer mit vierstündigem Streik. Durch den zeitlichen Verlusten der Frauen und Männern wurde eine Erhöhung des Lohnes leicht erreicht. Dennoch blieben die Sätze der Arbeitnehmer sehr gering.

Arbeitnehmerinnen im Streik

Um 10. September traten in Gifhorn die jugendlichen Arbeitnehmerinnen auf der Arbeitsschule Gifhornstreik geplanten in Streik. Ihre Hungerläufe von 10.20 Mark sollen auf 7.20 Mark getilgt werden. Von den geforderten Sätzen wollte man 30 Pfennige für Männer und 10 Pfennige als Sonderzulage für Frauen erhöhten. Das Wasser bringt. Auf diese Maßnahme antworteten die jugendlichen Arbeitnehmer mit Arbeitserweiterung.